

Festlegungsverfahren zur energetischen und bilanziellen Abwicklung von Einspeisemanagement-Maßnahmen bei EEG-Anlagen

Mitteilung

Die Beschlusskammer hat das Verfahren ruhend gestellt.

Ziel des Verfahrens ist es, den gezielten energetischen und bilanziellen Ausgleich von Einspeisemanagement-Maßnahmen durch Festlegung verbindlich vorzuschreiben.

Die Beschlusskammer ist im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen und der Diskussion im Workshop sowie aufgrund der späteren tatsächlichen Entwicklungen zu der Erkenntnis gelangt, dass eine *verpflichtende* Regelung der energetischen und bilanziellen Abwicklung von Einspeisemanagement-Maßnahmen durch Festlegung zur Zeit nicht sinnvoll ist.

Die Umsetzung des konsultierten Zielmodells würde erheblichen Umsetzungsaufwand bei den betroffenen Unternehmen erfordern. Insbesondere müssten die fehlenden Energiemengen bereits vor dem Zeitpunkt der Einspeisemanagement-Maßnahme bestimmt werden. Bilanzkreisverantwortliche müssten in Echtzeit unterscheiden, welche Fehlmengen vom Netzbetreiber ausgeglichen wurden und welche sie selbst ausgleichen müssen. Auch wenn ein solches System grundsätzlich realisierbar ist, stellt der dafür erforderliche Aufwand einen erheblichen Nachteil dar.

Diesem Nachteil stünden – jedenfalls derzeit – keine ausreichenden Vorteile gegenüber.

Zwar bleibt ohne gezielten energetischen und bilanziellen Ausgleich durch die Netzbetreiber ein Ausgleich durch den betroffenen Bilanzkreisverantwortlichen notwendig. Die Beschlusskammer vermag aber darin keine übermäßige Belastung für Anlagenbetreiber oder Direktvermarktungsunternehmen zu erkennen. Denn die für den Bilanzkreisausgleich notwendigen tatsächlichen Aufwendungen sind als „zusätzliche Aufwendungen“ nach § 15 Abs. 1 S. 1, § 14 EEG i.V.m. § 13 Abs. 2, 2a, S. 3 EnWG dem Anlagenbetreiber¹ zu entschädigen, soweit sie durch die Einspeisemanagement-Maßnahme verursacht werden und nach den Grundsätzen der Schadensminderungspflicht erforderlich sind.²

Soweit der Bilanzkreisverantwortliche aufgrund von fehlender rechtzeitiger Information durch den Netzbetreiber nicht in der Lage ist, den Bilanzkreis auszugleichen, sind dadurch verursachte Mehrkosten für Ausgleichsenergie als „zusätzliche Aufwendungen“ nach § 15 Abs. 1 EEG zu entschädigen und Einnahmen aus dem Ausgleichsenergiesystem als „ersparte Aufwendungen“ bei der Entschädigung in Abzug zu bringen. Die Beschlusskammer geht davon aus, dass ein rechtzeitiger bilanzieller Ausgleich in der Regel jedenfalls dann noch möglich ist, wenn der Netzbetreiber die erforderlichen Informationen zur Einspeisemanagement-

¹ Soweit der Anlagenbetreiber nicht zugleich Bilanzkreisverantwortlicher ist, kann eine Entschädigung in Anlehnung an die zivilrechtlichen Grundsätze der Drittschadensliquidation erfolgen. Danach kann der Anlagenbetreiber Vermögensschäden des Bilanzkreisverantwortlichen nach § 15 Abs. 1 EEG geltend machen.

² Den Anlagenbetreiber trifft die allgemeine Darlegungs- und Beweislast für den geltend gemachten Einspeisemanagement-Entschädigungsanspruch auch in der Höhe.

Maßnahme mindestens 60 Minuten vor der jeweils betroffenen Viertelstunde zur Verfügung gestellt hat. Unvermeidbare Bilanzkreisabweichungen aufgrund von fehlender rechtzeitiger Information durch den Netzbetreiber sind nicht als Verstoß gegen den Bilanzkreisvertrag zu werten.

Es bleibt den Netzbetreibern unbenommen, einen energetischen und bilanziellen Ausgleich vorzunehmen. Insbesondere können Netzbetreiber und Anlagenbetreiber bzw. Direktvermarktungsunternehmen auch sogenannte Einspeisemanagement-Durchführungsverträge schließen, die die nähere Abwicklung und den bilanziellen Ausgleich von Einspeisemanagement-Maßnahmen im gesetzlichen Rahmen näher regeln. Rechtsgrundlage für die Einspeisemanagement-Maßnahme bleibt § 14 EEG; die Abschaltreihenfolge bleibt unverändert. Der Vertrag konkretisiert lediglich die Rechtsfolge des Einspeisemanagements, insbesondere den unmittelbaren bilanziellen Ausgleich der Maßnahme zugunsten des Bilanzkreises des Direktvermarktungsunternehmens. Soweit die Ausfallarbeit bereits bilanziell ausgeglichen wird,³ kommt hinsichtlich dieser Ausfallarbeit ein zusätzlicher Ersatzanspruch nach § 15 EEG nicht in Betracht. Eine Doppelentschädigung ist auszuschließen.

Die Ausgleichsmengen gelten unabhängig davon, ob der Anlagenbetreiber (bzw. Bilanzkreisverantwortliche) die Ersatzmengen beschafft oder der Netzbetreiber den bilanziellen Ausgleich sicherstellt, nicht als EE- bzw. KWK-Strom im Sinne der Fördertatbestände des EEG und des KWKG. Dadurch entgehende Einnahmen wie zum Beispiel die Einspeisevergütung oder die Marktprämie werden ebenfalls nach Maßgabe des § 15 EEG entschädigt.

Die Beschlusskammer befürchtet nicht, dass sich die Bemühungen der Bilanzkreisverantwortlichen, durch EinsMan-Maßnahmen verursachte Bilanzkreisungleichgewichte auszugleichen, engpassverstärkend auswirken. Vielmehr obliegt es demjenigen Netzbetreiber, dessen Netz den Engpass aufweist, engpassverstärkendes Verhalten zu verhindern. Die rechtlichen Möglichkeiten, insbesondere auch engpassverschärfende Erzeugungssteigerungen von Erzeugungsanlagen zu verhindern, sind mit den §§ 13 Abs. 1, 1a und 2, 14 EnWG sowie § 14 EEG gegeben. Dies beinhaltet grundsätzlich auch die Befugnis, die Erzeugung zu untersagen.

Die Beschlusskammer erkennt, dass ohne zielgerichteten energetischen Ausgleich Einspeisemanagement-Maßnahmen den Einsatz von Regelleistung auslösen können. Dies ist grundsätzlich unerwünscht, da die Regelernergie dafür nicht vorgesehen ist. Indessen sind die Netzbetreiber gehalten, durch eine möglichst frühzeitige und vollständige Information den Anlagenbetreibern bzw. Direktvermarktungsunternehmen die Möglichkeit zu geben, ihren Bilanzkreis rechtzeitig auszugleichen. Nur soweit dies nicht rechtzeitig möglich ist, ist daher mit einem kurzzeitigen energetischen Ausgleich über die Regelernergie zu rechnen.

³ Der bilanzielle Ausgleich wirkt als gleichwertige Naturalrestitution für die per Einspeisemanagement abgeregelte Strommenge.